



STANDPUNKT

In der Krise geht es darum, das System der liberalen Demokratie für den „Regelbetrieb“ zu erhalten. Dafür sind Kultur und Kulturschaffende unerlässlich. Ihnen muss jetzt geholfen werden!

Kultur ist systemrelevant!

In den letzten Tagen haben wir viel davon gehört, welche Berufsgruppen in der Corona-Krise systemrelevant seien: Menschen aus den Pflege- und Heilberufen, aus Polizei, Feuerwehr, aus dem Einzelhandel, sofern es die Grundversorgung betrifft, kurzum: diejenigen, ohne die unserer ohnehin taumelnden Gesellschaft ein Stück ihrer Basis entzogen würde. Diese Einteilung so vorzunehmen, ist gut und richtig.

Genauso gut und richtig ist es, dass die Regierungen in ganz Europa schon jetzt an die Zeit nach der Krise denken und etwa Unternehmen aller Art auf ganz unterschiedliche Weise vor Insolvenz schützen wollen. Dadurch sollen kurzfristig die Märkte beruhigt, mittelfristig die Unternehmen am Leben gehalten und langfristig Massenarbeitslosigkeit und Stärkung des Populismus vermieden werden. Dies sind also auch Investitionen in den Fortbestand von liberaler Demokratie und offener Gesellschaft.

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist allerdings auch in einem sehr hohen Maße davon geprägt, dass an allen Ecken unseres Landes Menschen auf ehrenamtlicher Basis mittun und ihr Umfeld vor Ort gestalten. Sie bereichern damit nicht nur ihr eigenes, sondern unser aller Leben.

Den Rahmen dafür bieten zumeist Vereine und Verbände. Sie tragen das Gerüst aus Haupt- und Ehrenamt, das wir alle für selbstverständlich halten – überall in Deutschland. In den letzten Jahren haben wir ohnehin schon feststellen müssen, dass die grundlegende Finanzierung dieser Strukturen an ihre Grenzen kommt – in einer Gesellschaft, in der der Wille schwindet, sich in Strukturen zu binden und diese damit auch zu finanzieren. An vielen Stellen sind Vereine und Verbände kaum mehr in der Lage, sich diejenigen Hauptamtlichen zu leisten, die Ehrenamt erst ermöglichen.

Diese Entwicklung wird sich durch die gegenwärtige Krise noch weiter verschärfen. In vielen Fällen haben Vereine oder Verbände bereits Investitionen getätigt für Veranstaltungen, die nun abgesagt werden müssen. Anfallende Kosten können oft nicht oder jedenfalls nicht voll durch Zuwendungen der öffentlichen Hand abgefangen werden. Zudem heißt das Herunterfahren allen Vereins- und Verbandslebens auch, dass viele einen Anlass haben, sich über ihre Mitgliedschaft Gedanken zu machen. Es könnte also zu zusätzlichen Austritten kommen, was die Finanzen weiter schwächt. Beschleunigt wird dadurch der bereits stattfindende Prozess der Schwächung von denjenigen Strukturen, die das Vereinsleben in vielen Bereichen tragen.

Darüber hinaus gibt es ein eingeübtes Zusammenspiel aus Strukturen und freiberuflich Tätigen. Im Chorbereich betrifft das vor allem unsere Chorleiterinnen und Chorleiter. Aber auch an anderen Stellen werden Kulturschaffende viel zu häufig nur dann bezahlt, wenn sie auch wirklich tätig sein können. Über diese Praxis muss man sicher generell streiten. In der gegenwärtigen Situation hat sie zur Folge, dass viele Kulturschaffende in ihrer Existenz bedroht sind. Das wiederum ist nicht nur das persönliche Problem der Betroffenen – denn natürlich



leben Ensembles aller Art davon, dass es Menschen gibt, die fähig und willens sind, sie zu leiten. Wenn viele professionelle Kulturschaffende nun gezwungen wären, sich dauerhaft nach Alternativen umzusehen, hieße das auch, dass immer weniger von ihnen zur Verfügung stehen. Das bedroht unmittelbar die Existenz von sozialer und kultureller Infrastruktur in allen Teilen Deutschlands.

Dieser Prozess würde vermutlich in der Hauptsache diejenigen Regionen treffen, die wir ohnehin schon als „strukturschwach“ ansehen. Man muss kein Prophet sein, um anzunehmen, dass die Folgen eine weitere Schwächung des ländlichen Raums, Landflucht und politische Radikalisierung der Zurückbleibenden sein werden.

Das oben zur wirtschaftlichen Entwicklung Gesagte gilt in gleicher Weise für die Kultur in ganz Deutschland: Wir müssen kurzfristig die berufliche Existenz von Kulturschaffenden und die Liquidität von Vereinen und Verbänden retten. Mittelfristig kann damit die bestehende kulturelle Infrastruktur gesichert werden, um langfristig Landflucht und Radikalisierung vorzubeugen. Gerade dies sind Investitionen in den Fortbestand von liberaler Demokratie und offener Gesellschaft.

Ganz konkret sehe ich mehrere notwendige Wege, die entschlossen gegangen werden müssen. Alle sind in der solidarischen Pflicht, jede und jeder einzelne. Wer möchte, dass seine Chorleiterin, sein Chorleiter dem Chor erhalten bleibt, sollte diese Frage offen ansprechen und muss eventuell auch bereit sein, gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Chores ihr oder ihm sofort über eine Durststrecke zu helfen, sofern das machbar ist. Wer mit einem Vereinsaustritt liebäugelt, sollte sich klarmachen, dass dies der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist. Ein Austritt derzeit könnte einem Verein oder Verband unter Umständen den Todesstoß versetzen. Jetzt müssen wir zusammenstehen.

Die öffentliche Hand ist auf allen Ebenen klar gefordert, kurzfristig und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Notwendig sind zum Beispiel: Die Auszahlungen von Zuwendungen, auch wenn Veranstaltungen derzeit nicht durchgeführt werden können; oder der Erlass von Mietzahlungen, wenn etwa Räumlichkeiten benutzt werden, die der öffentlichen Hand gehören. Und natürlich sollte die Situation auch Anlass dafür bieten, die restriktive Praxis zu überdenken, die auf allen Ebenen generell für institutionelle Förderungen gilt. Wenn wir wollen, dass kulturelle Infrastruktur in einer Weise überlebt, wie wir sie kennen und wie wir sie uns auch wünschen, dann werden wir auch um diese Diskussion nicht herumkommen.

Der Begriff der Systemrelevanz stellt sich in einer Krise anders dar als in Zeiten, die wir bei aller Bewegtheit als „normal“ bezeichnen. Das darf uns aber nicht dazu verleiten anzunehmen, dass Systemrelevanz sich ausschließlich auf den Krisenfall bezieht. Es geht auch darum, das System der liberalen Demokratie für den „Regelbetrieb“ zu erhalten. Dafür ist Kultur und sind Kulturschaffende unerlässlich. Sie ist und sie sind systemrelevant! Ihr und ihnen muss geholfen werden. Schnell, wirksam und unbürokratisch!

Christian Wulff ist Präsident des Deutschen Chorverbands. Von 2003 bis 2010 war er Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Als 10. Präsident der Bundesrepublik Deutschland (2010–2012) engagiert sich Christian Wulff heute unter anderem für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und im Dialog von Gläubigen verschiedener Religionen. Als ehemaliges Staatsoberhaupt vertritt er Deutschland auch auf internationaler Ebene.